Nr. 48. — 10. Jahrgang.

Sächsischer

Landes-Anzeiger.

Donnerstag, 27. Februar 1890.

Die an jedem Wochentag Abend (mit dem Datum des folgenden Tages) zur Versendung gelangende unparteiische Zeitung „Sächsischer Landes-Anzeiger" mit täglich einem Extra-Beiblatt:
1. Kleine Botschaft
2. Sächsischer Erzähler
3. Sächsische Gerichtszeitung
4. Sächsisches Allerlei
5. Illustr. Unterhaltungsblatt
6. Sonntagsblatt
7. Lustiges Bilderbuch
kostet bei den Ausgabestellen monatlich 70 Pfg., bei den Post-Anstalten 75 Pfg.

Verbreitetstes unparteiisches tägliches Lokalblatt.

Die Hauptblätter des „Sächs. Landes-Anzeigers" erscheinen (ohne dessen Extra-Beiblätter) auch in einer billigeren Sonder-Ausgabe als:
„Chemnitzer General-Anzeiger"
für Chemnitz monatlich 40 Pfg. frei ins Haus; außerhalb Chemnitz monatlich 50 Pfg. mit Zutragen. Postzeitungspreisliste für 1890: Nr. 1307.

Der Sächs. Landes-Anzeiger ist eingetragen i. d. 1890er Post-Ztgs.-Preisliste: Nr. 5276.

Für Abonnenten erscheint jeweilen im Jahr: Illustr. Kalender des Sächsischen Landboten. Illustr. Weihnachtsbuch (Jahresbuch).

Verlags-Anstalt:
Alexander Wiede
Chemnitz, Theaterstraße Nr. 5.
Fernsprech-Anschluß Nr. 136.
Telegr.-Adr.: Landes-Anzeiger, Chemnitz.

Anzeigenpreis: Raum einer schmalen Corpuszeile 15 Pfg. — Bevorzugte Stelle (1spaltige Petitzeile) 30 Pfg. — Bei Wiederholung großer Anzeigen Preisermäßigung. — Bei Bestellungen von Auswärts wolle man den Einrückungsbetrag (in Briefmarken) beifügen (je 8 Silben Corpusschrift bilden ca. 1 Zeile.) — Anzeigen können nur bis Vormittag angenommen werden, da Druck und Verbreitung der großen Auflage längere Zeit erfordern. — Die Anzeigen finden ohne Preisaufschlag gleichzeitig Verbreitung durch den „Chemnitzer General-Anzeiger" (billigere Sonder-Ausgabe der Hauptblätter des „Sächsischen Landes-Anzeigers" ohne dessen tägliche Extra-Beiblätter.

Für März neu beitretende Abonnenten

(Post-Abonnenten gegen Einsendung der Postquittung) erhalten
1. die bis 1. März erscheinenden Nummern,
2. den ersten Theil der großen Erzählung:

Der König der Falschspieler

(ca. 28 Seiten großes Anzeiger-Format),
3. ein Exemplar des

Illustrirten Jahresbuches

(56 Seiten 8° in Umschlag geheftet mit vielen Erzählungen und Bildern 2c.) **gratis** und **franco** geliefert.

Amtliche Anzeigen.

5. öffentliche Sitzung der Stadtverordneten
Chemnitz, den 27. Februar 1890, Abends 6 Uhr.

Tagesordnung: 1. Geschäftliche Mittheilungen. 2. Berichte des Controll-Ausschusses über: a. das Gesuch des Tischlers Joseph Svoboda aus Seestoom in Böhmen um Aufnahme in den sächsischen Staatsunterbeamtenverband; b. das Gesuch des Schneiders Franz Knopf aus Saaz in Böhmen um Aufnahme in den sächsischen Staatsunterbeamtenverband. 3. Berichte des Verfassungs-Ausschusses über: a. die Rathsvorlage, den vorgeschlagenen Nachtrag zur Friedhofsordnung; b. den Rathsbeschluß, die beantragte Abänderung des Düngerabfuhr-Regulativs betr.; c. den Rathsbeschluß, das Realgymnasium und die Realschule betr.; d. den Rathsbeschluß, die Wahl des Rathsrechnungsrevisors Löscher zum Einnehmer für das Leihhaus betr. 4. Bericht des Finanz-Ausschusses über: a. die Mitvollziehung der Haushaltpläne der Stadt- und Schulcasse auf das Jahr 1890; b. die Rathsvorlage, die Uebernahme eines Theils des Fischwegs in städtische Unterhaltung betr.; c. die Rathsvorlage, betreffend die Feststellung der Baulinie vor dem Herrn Robert Kratzsefeld gehörigen Hause Nr. 18 und 20 an der äußeren Johannisstraße; d. den Rathsbeschluß, die Berechnung der Rückforderungsbeiträge bei der Verbreiterung der Zwickauerstraße zwischen der Stollbergerstraße und dem Pornitzgäßchen betr. der Reichsstraße betreffend; e. den Rathsbeschluß, den Verkauf einer Baustelle an der Humboldstraße an die Herren Gebr. Schweiger hier betreffend; f. den Rathsbeschluß, die Abänderung einer Bestimmung des 16. Nachtrags zur Bauordnung der Stadt Chemnitz betreffend; g. die Rathsvorlage, Feststellung der Gehälter für die Aufseher im Versorgehause betreffend; h. Erklärung bez. der vom Kirchenvorstand St. Nicolai geplanten Anleihe von 25,000 Mk. betreffend.

Hierauf geheime Sitzung.

Der Stadtverordneten-Vorsteher
Justizrath Dr. Enzmann.

Bekanntmachung, betreffend die Gewährung von Beihilfen aus der Friedrich-Wilhelmstiftung für den Curort Marienbad in Böhmen.

Nach §§ 4 und 5 des Statuts über die vorgedachte Stiftung ist das Finanzministerium berechtigt, alljährlich bis Ende März drei Personen, welche die Marienbader Heilquellen und Bäder gebrauchen wollen, aber die Kosten einer solchen Cur aus eigenen Mitteln nicht zu tragen vermögen, zu Gewährung von aus Stiftungsmitteln zu bestreitenden Beihilfen, welche statutenmäßig entweder in freier Wohnung oder einer Geldunterstützung oder beiden zugleich bestehen können, bei dem Vorstande der Stiftung zu präsentiren.

Zu dem Ende werden diejenigen zum Ressort des Finanzministeriums gehörigen Beamten, welche zum Gebrauche einer Cur in Marienbad in diesem Jahre eine solche statutenmäßige Beihilfe zu erhalten wünschen, hierdurch aufgefordert, ihre diesfallsigen Gesuche längstens bis zum 15. März dieses Jahres anher einzureichen.

Dresden, den 20. Februar 1890.

Finanzministerium.
Für den Minister: Meusel. Wolf.

Drahtnachrichten unseres Anzeigers.

Vom 26. Februar.

Berlin. Der Kaiser beabsichtigt dem Feldmarschall Moltke in Kreisau einen Besuch abzustatten.

Linz. Gestern Abend fand hier eine große Arbeiterversammlung statt. Schließlich wurde beschlossen, den 1. Mai als einen Arbeiterfeiertag anzuerkennen.

New-York. In Pierre (Südcarolina) gestand der Russe Pietschkejeff kurz vor seinem Tode, daß er bei dem im Jahre 1888 geplanten Complotte, den Zaren mit Dynamit zu ermorden, betheiligt gewesen sei. Pietschkejeff nannte mehrere hohe russische Beamte als Mitschuldige. Seine Aussage wurde durch mehrere von ihm hinterlassene Papiere bestätigt. — In Havanna fand eine Pulverexplosion statt, wobei 35 Personen schwere Verletzungen erlitten.

Politische Rundschau.

Chemnitz, 26. Februar.

Deutsches Reich. Kaiser Wilhelm hatte am Dienstag eine längere Conferenz mit dem Fürsten Bismarck.

— Der Monarch hat jetzt die endgiltigen Bestimmungen wegen der diesjährigen großen Manöver erlassen. Die Kaisermanöver werden, wie bereits gemeldet, zwischen dem fünften und sechsten Armeecorps, und zwar in der Umgegend von Liegnitz stattfinden. In dieser Stadt wird das kaiserliche Hauptquartier sein. Ebenso wird der Kaiser den Manövern zwischen dem neunten Armeecorps und der Flotte beiwohnen und während dieser Uebungen sein Hauptquartier in Kiel aufschlagen.

— Die Stichwahlen in Preußen werden auf allgemeine Anordnung des Ministers des Innern, sämmtlich am Sonnabend, 1. März, stattfinden. Nur für einige Orte mit stark jüdischer Bevölkerung ist der Termin schon auf den 28. Februar anberaumt. In den übrigen deutschen Bundesstaaten finden die Stichwahlen theils Freitag, theils Sonnabend statt.

— Aus Kaiserslautern wird berichtet, daß die Volkspartei gegen die Wahl des Dr. Miquel Protest bei der Wahlprüfungscommission des Reichstages erheben will. Angeblich sind zu Miquel's Gunsten Wahlbeeinflussungen vorgekommen.

— Der Gesetzentwurf betreffend die Verwendung der Sperrgelderfonds wird dem preußischen Landtage binnen Kurzem zugehen. Im Cultusministerium haben bereits Vorbesprechungen bezüglich definitiver Festsetzung der Verwendungszwecke stattgefunden.

— Die internationale Socialconferenz wird voraussichtlich, wie schon bekannt, Ende März in Berlin zusammentreten. Der Handelsminister von Berlepsch wird die Berathungen leiten, die in französischer Sprache geführt werden sollen. Verschiedene fremde Regierungen haben bereits ihre Bevollmächtigten zu der Conferenz in's Auge gefaßt.

— **Preußisches Abgeordnetenhaus.** Am Dienstag wurde die zweite Berathung des Etats des Ministeriums des Innern begonnen. Abg. Sombart (nat.-lib.) fragte, wie es mit den Vorarbeiten für eine neue Landgemeinde-Ordnung stehe. Minister Herrfurth antwortete, daß mit den Arbeiten schon begonnen sei, aber der Zeitpunkt der Fertigstellung des Gesetzes könne noch nicht angegeben werden. Auch mit der geplanten Ueberweisung der Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer an die Gemeinden könne nur langsam vorgegangen werden, da viele Schwierigkeiten im Wege ständen. Auf eine Anfrage des Abg. Zelle (freis.) erwiderte der Minister, daß er nichts gegen eine gesetzliche Regelung der Hundesteuer einzuwenden habe. Unter mehrfachen localen Wünschen und Beschwerden ist besonders hervorzuheben, daß Abg. von Czerlinski (Pole) sich über die Verdeutschung polnischer Ortsnamen beklagt. Der Minister entgegnete, daß hierbei mit aller Schonung vorgegangen werde und nicht mehr geschehe, als geschehen müsse. Nach einer kurzen Berührung der Rheinbrölers Glockenaffaire durch den Abg. Bachem fragte Abg. Rickert (freis.), wie es mit den Beziehungen der Regierung zur officiösen Presse stehe. Minister Herrfurth erklärte, daß das Litterarische Büreau des Staatsministeriums nur interessante Zeitungsartikel sammle und nicht mit Zeitungen in Verbindung stehe. Die Regierung müsse sich vorbehalten, ihre Intentionen in geeigneter Weise bekannt zu geben. Abg. Windthorst wünschte aus den Kreisblättern die Parteipolitik beseitigt zu sehen, und wünschte größere Sonntagsruhe für die Berliner Schutzleute. Minister Herrfurth antwortete, die Kreisblätter würden nur zu amtlichen Insertionen benützt, auf den übrigen Theil habe er keinen Einfluß. Für die Sonntagsruhe der Berliner Schutzleute sei schon das Möglichste gethan. Mehr werde kaum geschehen können, weil Sonntags die Beamten am nöthigsten gebraucht würden. An der Debatte hierüber nahmen noch Abgg. Stöcker und Windthorst Theil. Dann kam es noch zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen den Abgg. Bachem (Ctr.) und Sattler (nat.-lib.) über das Verhalten der Parteien der beiden Redner zu den Socialdemokraten. Darauf wurde das Ministergehalt genehmigt und die Weiterberathung auf Mittwoch vertagt.

— Aus einer ganzen Anzahl von größeren deutschen Städten liegen bereits Berichte vor, daß verschiedene Industriearbeitergruppen jetzt nach den Wahlen in eine neue Lohnbewegung eintreten. An der Spitze steht natürlich wieder Berlin. Zunächst geht es aber noch sehr ruhig zu und von einem Streik ist noch nicht die Rede.

— Dem Berliner Emin-Pascha-Comitee ist ein Brief des Herrn Oskar Borcherdt zugegangen, der Ende November oder Anfang December ungefähr 9 Tagemärsche von der Küste entfernt geschrieben ist. Darin ist gesagt, Borchert hoffe Dr. Peters in der Kenia-Station zu treffen. Es ist aber schon bekannt, daß dies nicht geschehen ist, da Peters bereits weiter marschirt. Von Letzterem fehlen seit dem 8. October alle Nachrichten.

Oesterreich-Ungarn. Von den Mitgliedern der äußersten Linken im ungarischen Parlamente, Eötvös und Helfy, wurde im Finanzausschuß die Gesetzvorlage über die Errichtung eines Andrassy-Denkmals heftig bekämpft. Eötvös behauptete, die Geschichte habe die Verdienste des Verstorbenen noch nicht unparteiisch festgestellt; in Ungarn seien bisher die Kosten zur Errichtung von Denkmälern für berühmte Männer stets aus freiwilligen Spenden geflossen. Im Reichstage wird die Debatte fortgesetzt werden. — In den Budapester Militärconferenzen, die wir in unserem gestrigen Blatte erwähnten, wird auch über die Vermehrung der Reservevorräthe an Waffen berathen.

Schweiz. Aus Bern kommt jetzt die officielle Bestätigung, daß der Schweizer Bundesrath seine auf den 5. Mai anberaumte Social-Conferenz vorläufig verschoben hat. Der Bundesrath hat nur das Gelingen der Arbeiterschutzgesetzgebung im Auge, und da vorauszusehen ist, daß eine doppelte Conferenz in Berlin und Bern der Sache nur schaden würde, zieht er seine Einladung für den 5. Mai zurück, indem er den aufrichtigen Wunsch ausspricht, die Schritte des deutschen Kaisers möchten von Erfolg gekrönt sein! Bravo!

Frankreich. Die Regierung hat die Theilnahme Frankreichs an der Berliner Conferenz beschlossen. Die Antwort soll aber erst nach der Kundgebung der englischen Zustimmung dem deutschen Botschafter überreicht werden. — In Marseille und anderen Orten protestiren die französischen Arbeiter gegen die Mitbeschäftigung von Fremden bei Staatsbauten. — Die Pariser Regierung hat vorerst den Herzog von Orleans, mit dem sich in den letzten Tagen wieder alle Welt gar zu sehr beschäftigte, den Neugierigen aus den Augen gebracht: der junge Herzog ist zunächst in das Gefängniß von Clairveaux übergeführt, und kommt später über die Grenze, wenn in Paris das Geschrei der radicalen Republikaner, welche den Prinzen seine Strafe absitzen lassen wollen, verstummt ist. Hat doch sogar der Pariser Gemeinderath gegen eine Begnadigung protestirt. Dieser Lärm wird aber bald aufhören, und dann wird, wie gesagt, der Herzog schnell außer Landes gebracht werden. — An der Dahomeyküste in Westafrika dauern die Kämpfe zwischen Franzosen und Dahomeynegern fort. So bald die unterwegs befindlichen Verstärkungen eingetroffen sind, wollen die Franzosen zum Angriff übergehen.

England. Im britischen Parlament beantragte der Gladstonianer Graham, auf der Berliner und Berner Socialconferenz möge von England eine Erörterung der Beschränkung der Arbeitsstunden angeregt werden. Der Unterstaatssecretär Fergusson erklärte, daß noch weitere Verhandlungen über die Conferenzen nöthig seien und die Einladungen abgeändert werden könnten. Die Schweiz habe angesichts der Berliner Conferenz die ihrige verschoben. Die englische Regierung habe auf die deutsche Einladung in keinem unsympathischen Tone geantwortet, aber die Annahme des Antrages Graham würde ihr die Hände binden. — Stanley kommt vorläufig noch nicht nach Europa. Aus London wird darüber geschrieben: „Zu Anbetracht der Festlichkeiten, welche Stanley erwarten, sobald er seinen Fuß an die englische Küste setzt, ist die Nachricht sehr begreiflich, daß er erst im April nach Vollendung seines Buches über seine letzte Reise Kairo verlassen werde, da er in London wohl kaum die nöthige Muße zum Arbeiten finden dürfte. Das Buch soll am Tage seiner Ankunft in England der Oeffentlichkeit übergeben werden. Auf seiner Reise von Kairo nach London wird er Nizza und Brüssel berühren. In letzterer Stadt wird er mit seinen Officieren Nelson, Stairs, Jephson und Dr. Parke zusammentreffen. Die belgische geographische Gesellschaft soll für ihn eine besondere Gedenkmünze prägen lassen, während Emin mit der goldenen Medaille der Gesellschaft beschenkt werden wird.

Orient. In Konstantinopel liegt Sultan Murad V., der wegen Wahnsinns entthronte Bruder und Vorgänger des jetzigen Sultans, im Sterben. Er leidet an Gehirnerweichung. — Die bulgarische Regierung ist dem russischen Verlangen nach Auszahlung der rückständigen Occupationsrate schnell nachgekommen. Die geforderten 3½ Millionen Rubel sind dem deutschen Generalconsul von Wangenheim in Sofia für Rußland ausgehändigt worden. — Zu den kürzlich mehrfach aufgetretenen Gerüchten über die bevorstehende Abdankung des Königs Georg von Griechenland geht jetzt aus Athen die Meldung ein, daß seitens der Regierung in den nächsten Wochen der Kammer eine Vorlage zugehen wird, welche die Stellvertretung des Königs durch den Kronprinzen Constantin während der Abwesenheit des Königs verfassungsmäßig regeln soll. Diese Stellvertretung soll bereits im Mai d. J. in Kraft treten, da um diese Zeit der König Georg mit seiner Gemahlin nach Petersburg reist.

Afrika. Wir haben schon vor längerer Zeit mitgetheilt, daß Emin Pascha mit deutscher Unterstützung in seine Aequatorialprovinz zurückzukehren wünsche. Ein Telegramm aus Kairo meldet jetzt, daß Emin Pascha einem seiner besten Freunde geschrieben habe, er gedenke nach Wadelai zurückzukehren. Unrichtig ist aber die Bemerkung, die Aequatorialprovinz solle unter deutschen Schutz gestellt werden. Emin Pascha geht, freilich mit deutscher Hilfe, auf eigene Faust und eigene Verantwortung. Alles Weitere wird sich dann nach seinen Erfolgen richten. — Die Somali-Expedition, welche vor einiger Zeit unternommen worden war, um die Ansprüche der deutschen ostafrikanischen Gesellschaft auf das nördliche Somaliland zu befestigen, ist unverrichteter Sache nach Aden zurückgekehrt.

Amerika. Der amerikanische Congreß hat jetzt definitiv beschlossen, daß 1892 in Chicago eine Weltausstellung stattfinden soll. — Die Depeschen von der Zerstörung der Stadt Wickenburg in Arizona durch eine Ueberschwemmung waren erfreulicherweise unrichtig. Es hat nur ein Dammbruch stattgefunden, bei welchem 40 Arbeiter verunglückten. — Der Fabrikant Chantelop in Montreal (Canada) hinterließ sein ganzes, 20 Millionen betragendes Vermögen seinen Beamten und Arbeitern.

Vom Landtage.

Die 2. Kammer nahm am 25. Februar einen großen Theil des Etats für das Departement des Innern in Schlußberathung, und zwar die Postulate betr. des Ministerium, die Kreishauptmannschaften, Amtshauptmannschaften, gewerbliche Zwecke und Anstalten (Kunstakademie und Kunstgewerbeschule in Leipzig, Kunstgewerbeschule in Dresden, technische Staatslehranstalten zu Chemnitz, Bangewerkenschulen, gewerbliche und landwirthschaftliche Schulen 2c.), das Landstallamt Moritzburg, naturwissenschaftliche Zwecke und Anstalten, die technische Aufsicht über Fabriken, Berichtigung von Wasserläufen, die Ober-Aichungscommission und das Staatsaichamt, die technische Deputation, Wege-, Wasser- und Uferbau-Unterstützungen an Gemeinden und endlich die Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung. Die Deputation beantragte die Bewilligung sämmtlicher Postulate nach der Regierungsvorlage. Die Debatte eröffnete Abg. Stolle-Befau, welcher bei Cap. 42 (Ministerium) Beschwerde über das Verbot des allgemeinen deutschen Tabakarbeiter-Vereins erhob. Dieser Verein verfolgte neben der gegenseitigen Unterstützung in Nothlagen, bei Todesfällen u. s. w. auch die Aufgabe, die Mißlichkeiten des Gewerbslebens weniger fühlbar zu machen. Er begreife nicht, wie man gegenüber so gemeinnützigen Bestrebungen mit Auflösung des Vereins habe vorgehen können. Der Kaiser selbst habe in seinem Erlasse von dem Vorhandensein schrankenloser Ausbeutung der Arbeitskraft gesprochen und unter diesen Umständen müsse es erst recht Wunder nehmen, wenn man einen Verein etwa hindern will, in dieser Hinsicht seine Standesinteressen zu wahren. Thatsächlich aber erfolgte die Auflösung, weil der Verein angeblich ein Mittelpunkt der socialdemokratischen Bewegung sein sollte. Und wenn dies der Fall wäre, seien vielleicht deshalb die Arbeiter weniger berechtigt, eine Besserung ihrer Verhältnisse anzustreben? Er sei erstaunt, daß das Ministerium als oberste Instanz das Verbot bestätigen konnte. Wohin soll es führen, wenn der Arbeiter innerhalb eines Vereins nicht mehr seinen Standpunkt aussprechen und der schrankenlosen Ausbeutung entgegentreten darf? Sind denn wir Socialdemokraten nicht gleichfalls Staatsbürger in Sachsen (Heiterkeit)? Halb Sachsen gehöre der socialdemokratischen Partei an, das hätten die letzten Reichstagswahlen bewiesen. Abg. Opitz erkennt es für vollkommen richtig an, daß der Arbeiter dasselbe Coalitionsrecht genieße, wie jeder andere Staatsbürger. Aber warum der Staat nicht in der Lage gewesen ist, diesen Wünschen Rechnung zu tragen, das liege darin, weil jene Herren (auf der äußersten Linken) fortwährend gegen die bestehende Gesellschaftsordnung agitiren, so daß